

Resolution

Gesundheit, Soziales, Pflege und Betreuung (GSPB) in Niederösterreich

Notsituation im Bereich Gesundheit, Soziales, Pflege und Betreuung in Niederösterreich

Schon jetzt können eine flächendeckende und qualitative Betreuung und Versorgung nicht mehr angeboten und gewährleistet werden. Und was passiert mit unseren kranken, behinderten und älteren Mitmenschen, wenn die letzte Pflege- und Betreuungskraft nicht mehr kann und das Handtuch wirft?

Beispiele für Versorgungsnotstand begleiten uns Tag für Tag:

- Pflegebedürftige Menschen können zu Hause oft nicht mehr betreut werden, da in der mobilen Pflege zu wenig Personal zur Verfügung steht. Auch ein notwendiges Aufstocken von Pflegestunden bei bestehenden Klient:innen/Kund:innen ist oftmals nicht mehr möglich.
- Neue Klient:innen in unterschiedlichsten Bereichen wie z.B. mobile Pflege, stationärer Bereich, soziale Familienhilfe usw. können aktuell nicht mehr versorgt werden und landen auf langen Wartelisten.
- Hunderte offene Planstellen¹ sowohl in der Pflege, in der Behindertenbetreuung und in den Kliniken usw. können nicht besetzt werden. So können z.B. 520 Dienstposten² in den NÖ Landeskliniken nicht nachbesetzt werden. Damit wird der bereits geplante Bettenabbau noch weiter vorangetrieben und die Versorgungslage verschlechtert sich dadurch noch mehr.
- Bestehendes Personal hat keine Dienstplansicherheit und wird über Gebühr belastet.
- Arbeitsbedingungen wie z.B. geteilte Dienste, Arbeiten an Tagesrandzeiten sowie extreme physische und psychische Belastungen lassen oftmals keine Vollzeitbeschäftigung zu, was noch mehr zur sozialen Unsicherheit beiträgt und zu Armut trotz Arbeit führt.
- Bestehendes Personal hat keine soziale Sicherheit aufgrund des geringen Einkommens. Dies betrifft sowohl die Gehaltshöhe bei Vollzeitbeschäftigung als auch die Entlohnung bei Teilzeitbeschäftigung.
- Der Personalschlüssel³ in vielen Bereichen lässt keine menschenwürdige Pflege und Betreuung zu und führt zur Gefährdung und zum Schaden der betroffenen Menschen.
- Ausbildungen (Berufsausbildungen, gesetzlich vorgeschriebene Aus- und Weiterbildungen, Praktika) müssen in der Freizeit absolviert werden, sind nicht gefördert und stellen damit auch keinen Anreiz für zukünftiges Personal dar.
- Diese massive Überforderung durch oben angeführte Missstände führt bei Mitarbeiter:innen zu Burnout, psychischer und physischer Überlastung und bringt viele dazu, ihren Beruf zu verlassen.

Der Pflegenotstand ist zu einem Akut-Notfall geworden!

Die belastenden Arbeitsbedingungen durch Corona führen zusätzlich zu Dienstnehmerkündigungen, das verschärft die Situation noch mehr. Verbesserungen und Anreize sind dringend erforderlich, damit Kolleg:innen im **GSPB-Bereich** verbleiben oder wieder zurückkehren.

Diese systemrelevanten Bereiche brauchen sofort Entlastung, Unterstützung und Hilfe!

Für diese Berufsbilder der GSPB-Bereiche sind Voraussetzungen zu schaffen, damit Menschen sich für diese Berufe entscheiden, in diesen bleiben und gesund bis zur Pension arbeiten können.

Folgende Maßnahmen sehen wir als unumgänglich:

- Der Personalschlüssel als auch der Versorgungsschlüssel ist auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen und eine praxisnahe Umsetzungsmöglichkeit ist zu garantieren. Als Notmaßnahme ist dieser Personalschlüssel jedenfalls qualitativ und quantitativ sofort aufzustocken, um ein menschenwürdiges Betreuen und Pflegen zu gewährleisten.
- Die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in diesen Berufen sind zu verbessern. Die psychischen und physischen Herausforderungen, die mit diesen Berufsbildern verbunden sind, müssen auf ein gesundes und lebbares Ausmaß ausgerichtet werden. Arbeitsmittel, nach dem aktuellen Stand der Entwicklung, sind zur Verfügung zu stellen und auch auf örtliche Gegebenheiten abzustimmen.
- Dienstpläne und deren Stabilität müssen ein planbares Familien- und Freizeitleben sicherstellen.
- Das Einkommensniveau ist umgehend anzuheben.
Die Entlohnung für diese belastenden aber qualitativ hochwertigen und gesellschaftlich relevanten Tätigkeiten muss eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft ermöglichen - auch bei Teilzeitbeschäftigung. Es geht also nicht um einen Richtwert knapp über der Armutsgrenze. Es geht um eine angemessene Entlohnung dieser für die Gesellschaft unverzichtbaren und wertvollen Tätigkeiten⁴!
- Mehr und flächendeckende Ausbildungsplätze und eine finanzielle Absicherung (Einkommen) während der Ausbildung sind unumgänglich. Dasselbe gilt auch für Aufschulungen für Wiedereinsteiger:innen.
- Vom Gesetzgeber vorgeschriebene Fort- und Weiterbildungen müssen im vollen Ausmaß als bezahlte Arbeitszeit gewährt werden und alle dafür anfallende Kosten sind den Arbeitnehmer:innen zu finanzieren.
- Maßnahmen zur Erhaltung der psychischen Gesundheit der Mitarbeiter:innen müssen im vollen Umfang zur Verfügung stehen. Dazu gehören u.a. Supervision (Einzel und in Gruppen), Coaching, Teambesprechungszeiten.
- Dokumentationen, Datenerhebungen, Wegzeiten, Recherchen, Amtswege usw., die in vielen Berufsbildern auf gesetzlichen bzw. betrieblichen Vorgaben beruhen, sind gleichwertig wie die Arbeit mit den Klient:innen zu bewerten. Die administrative Tätigkeit muss auf ein brauchbares Maß reduziert werden.
- Klient:innen-Anzahl und Gruppengrößen müssen menschliche Begegnungen und Beziehungsarbeit gewährleisten. Leistungsvorgaben sind danach auszurichten.
- Ein ausreichendes Pflegebudget ist zur Verfügung zu stellen und für mehrere Jahre zu garantieren! Die Pflegefinanzierung, ein einheitlicher Qualitätsstandard und Personalschlüssel gehören bundesweit geregelt und sichergestellt. Dies auch deshalb, damit Planungs- und Vertragssicherheit gewährleistet ist.

1) siehe aktuelle Stellenanzeigen der großen Träger (Volkshilfe, Hilfswerk, usw.)

2) Presseaussendung vom 11.11.2021 der AKNÖ – Markus Wieser, im Rahmen der AKNÖ Vollversammlung

3) Das Land gibt zwar Vorgaben bei Personal und auch betreffend Zeiten, die jedoch oft in keiner Relation zum tatsächlichen Aufwand und erforderlichem Qualitätsstandard steht.

4) Diese solle sich am mittleren Einkommen der unselbstständigen Männer laut Statistik Austria orientieren (2020: € 3.306,00 auf Basis Jahresbrutto). Quelle: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html

Damit die notwendige Versorgung wieder hergestellt werden kann, sind alle Verantwortlichen aufgefordert umgehend zu handeln!

Die derzeitige Situation in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Pflege und Betreuung ist mehr als prekär und das nicht nur in Niederösterreich, sondern ist mittlerweile in ganz Österreich zu einem großen Problem geworden. Die Gründe dafür sind bekannt: enorme Arbeitsbelastung, schlechte Bezahlung und fehlende Wertschätzung, um nur einige Punkte zu nennen. Die körperlichen und psychischen Belastungen in diesen Bereichen haben mittlerweile die rote Linie weit überschritten und es ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Die Beschäftigten in diesen Bereichen geben Tag für Tag mehr an Dienstleistungen, mehr an Arbeitszeit, mehr an Menschlichkeit und Würde. Viele Beschäftigte in diesen Bereichen denken nicht mehr nur ans Aufhören, sondern verlassen bereits die Unternehmen.

Es braucht *mehr* Pflegekräfte zur Entlastung, *mehr* bezahlte Aus- und Weiterbildung, *mehr* Einkommen und *mehr* berufliche Planungssicherheit.

Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf, endlich ihrer Verantwortung nachzukommen und Handlungen zu setzen, damit die Beschäftigten in diesen Bereichen endlich ihr „*MEHR*“ honoriert bekommen.

Diese Resolution ist von folgenden Betriebsratsgremien unterzeichnet:

Wietter-Benmoussa Doris, BRV Volkshilfe NÖ/Service Mensch GmbH
und Vorsitzende des WB 17 NÖ, Gesundheit und Soziales

Aigner Manuel BA, BRV Emmausgemeinschaft St. Pölten

Eberl Irene, BRV Caritas St. Pölten - Menschen mit Behinderungen

Eder Astrid, BRV NÖ Hilfswerk

Gravogel Elfriede, BRV Rettet das Kind – Sozialpädagogische Wohngemeinschaft

Hörhan Christian, BRV Lebenshilfe NÖ

Janek Wolfgang, BRV SPWG Stiefern GmbH, Sozialpäd. Wohngemeinschaft

Reiner Gerhard Mag., BRV Karl-Schubert-Bauverein Dorfgemeinschaft

Taibl Stefan, BRV PSZ - Psychosoziale Zentren GmbH

Veigel Annemarie, BRV Caritas Diözese St. Pölten

Waiss Walter, BRV Behindertenhilfe Bezirk Korneuburg

**ICH
MACH
MICH
STARK!**